

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom: 21. April 2015

GASTKOMMENTAR

Für ein faires Freihandelsabkommen

Um Missverständnissen von vornherein vorzubeugen: Der deutsche Mittelstand steht in seiner großen Mehrheit hinter dem Freihandelsabkommen TTIP – allerdings nicht um jeden Preis. Gerade unsere exportorientierten Klein- und Mittelbetriebe sind auf den freien Handel mit Partnern in aller Welt angewiesen. Der Handel sollte aber nicht nur frei, sondern auch fair sein. Und da scheinen mir bei TTIP durchaus Zweifel angebracht.

Es sind im Wesentlichen drei Punkte, bei denen TTIP aus unserer Sicht dringend nachgebessert werden muss. Andernfalls kann Mittelständlern großer wirtschaftlicher Schaden entstehen, bis hin zur Insolvenz. Das gilt vor allem für das geplante Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Grundlegende Bedenken habe ich auch bei den sich ausschließenden Prinzipien der Vor- und Nachsorge sowie beim Regulationsrat.

Schiedsverfahren sind an sich sinnvolle Instrumente. Sie haben sich bewährt, wenn es um den Schutz von Investoren in Ländern geht, die wenig oder gar keine Rechtssicherheit bieten. Davon kann weder in den USA noch in der Europäischen Union die Rede sein. Im Gegenteil, sie verfügen über die weltweit wohl besten Rechtssysteme und Gesetze zum Schutz von Eigentum. Zudem ist bei ISDS keinerlei Revisionsmöglichkeit, kein Berufungsverfahren vorgesehen.

Dazu kommt der Kostenfaktor. Ein Schiedsverfahren kostet laut OECD zwischen 5 und 6 Millionen Euro. Ein Konzern kann das mühelos verschmerzen, ein Mittelständler zumeist nicht. Von den 3,5 Millionen Unternehmen in Deutschland haben aber 2,8 Millionen nur

MARIO OHOVEN

pocht auf Änderungen beim geplanten TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA.



Der Autor (68) ist Präsident des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft (BVMW) und des europäischen Mittelstandsdachverbands European Entrepreneurs. Der Autor gehört dem TTIP-Beirat des Bundeswirtschaftsministers an.

zwischen einem und 15 Mitarbeiter. Das spiegelt auch die Statistik wider. Nur etwa ein Fünftel der bisherigen Klagen wurden von mittelständischen Unternehmen oder Privatleuten angestrengt. Deshalb sollten erst alle nationalen Instanzen ausgeschöpft werden, bevor ein internationales Schiedsgerichtsverfahren möglich ist.

Ich sehe zudem die Gefahr, dass durch ISDS die Zahl der Klagen stark ansteigt. Kommen die Schiedsgerichte so, wie von der EU-Kommission ursprünglich geplant, können 50 000 US-amerikanische Investoren Europa mit Klagen auf Schadenersatz überziehen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren ein fragwürdiger Wachstumsmarkt für internationale Großkanzleien entwickelt. Im schlimmsten Fall büßen verklagte Staaten ihre Bonität auf den internationalen Finanzmärkten ein, weil sie im Ranking herabgestuft werden.

Beim Verbraucherschutz ist ebenfalls Vorsicht geboten. Das europäische Vorsorge- trifft auf das amerikanische Nachsorgesystem. In Deutschland werden neue Produkte vor der Markteinführung aufwendig geprüft. Das kostet Geld und vor allem Zeit, bis zu zweieinhalb Jahre. Ein amerikanischer Hersteller kann sein neues Produkt sofort auf den Markt bringen und ist damit der europäischen Konkurrenz um Längen voraus. Er muss erst reagieren, wenn tatsächlich ein Schaden entstanden ist. Schließlich besteht beim geplanten Regulationsrat Korrekturbedarf. Diese Institution soll künftige Regulierungsvorhaben in den USA und der EU frühzeitig abstimmen. Sicher ist es sinnvoll, beispielsweise Normungsprozesse bereits im Vorfeld auf ihre Praxis-tauglichkeit zu prüfen. Dies darf jedoch keinesfalls unter Umgehung der nationalen Parlamente geschehen. Und erst recht nicht, ohne den deutschen und europäischen Mittelstand einzubeziehen.

Vielen Politikern ist die Tragweite von TTIP noch immer nicht bewusst. Doch die Zahl der kritischen Abgeordneten in Europa wächst. Erste Regierungen haben Widerstand angekündigt. Über Parteigrenzen hinweg bilden sich Zweckbündnisse. So arbeiten im TTIP-Beirat von Sigmar Gabriel der BVMW als Unternehmerverband und die Gewerkschaften eng zusammen. Denn nur gemeinsam lassen sich Nachbesserungen bei TTIP erreichen. Am Ende muss ein faires Freihandelsabkommen stehen, das dem Mittelstand nutzt und nicht schadet.